

Gastkommentar

Prof. Dr. Helmut Kramer, Rektor der Donau-Universität Krems

Es geht auch ohne Wissenschaft

Politische Entscheidungen von großer Tragweite fallen in Österreich (fast) ohne wissenschaftliches Fundament. Oder sie fallen nicht, gegen den Rat der Wissenschaft. An dieser bedenklichen Situation – es war übrigens nie anders – sind beide Seiten schuld: die Auffassungen davon, wie Politik gemacht wird, und die Auffassungen davon, wie Wissenschaft in der Politik nützlich einzusetzen wäre.

Gewiß: Österreichs Politik fördert hohe Schulen und Forschung. Österreichs Politik argumentiert auch immer öfter mit – nicht selten halben oder unverstandenen – wissenschaftlichen Aussagen. Institute für Demographie und für Technologiefolgenabschätzung und das Europäische Zentrum sind an der Arbeit, und, natürlich, gibt es die Wirtschaftsforscher.

Und tatsächlich, das muss eingestanden werden, Österreichs Politik zieht auch tatsächlich Wissenschaftler 1) zur Beratung heran. Es gibt auch persönliche Gesprächs- oder gar Nahebeziehungen zwischen Politikern und Wissenschaftlern. Ein Teil davon dient jedoch überwiegend der (wechselseitigen) Bestätigung oder der Eitelkeit - von Fall zu Fall unterschiedlich, jedoch grundsätzlich auch auf beiden Seiten.

Dennoch findet das Potential der Wissenschaft kaum Eingang in die großen Weichenstellungen für die Zukunft. Politische Entscheidungen in Österreich suchen kaum je systematisch nach wissenschaftlicher Fundierung.

Wenn österreichische Politik in komplexen Grundsatzfragen der Zukunft fast ohne Wissenschaft auskommt, ist das ein Spiegel der öffentlichen Meinung. Auch die hat überwiegend ein vorwissenschaftliches Verhältnis zur Wissenschaft. Neben blankem Unverständnis und diffuser Wissenschaftsskepsis breiter Schichten besteht nahezu unangefochten auch noch naiver Wunderglaube und ein penetranter Chauvinismus, wenn es um international anerkannte Leistungen österreichischer Wissenschaftler geht.

Österreich hat die Epoche der Aufklärung nicht nur in Ideologie und Demokratie, sondern auch in Bezug auf die Rolle der Wissenschaft verpasst. In Österreich halten sich immer noch irrationale Technologieferne und Unwissenschaftlichkeit. Wenn es nach der Schreibe des Boulevards geht, dürfen nach Österreich kein Atom und kein Gen herein, und kein Wassertropfen darf hinaus. Und die Wissenschaft erleidet, nicht ganz ohne eigenes Verschulden, einen ähnlichen Autoritätsverlust wie das politische System oder die Kirche.

Bezieht sich das schon auf die immerhin maßvoll geförderte und von der Industrie unterstützte Naturwissenschaft, so gilt es noch viel mehr für die Gesellschaftswissenschaften. Deren Aussagen können noch leichter, wenn gerade brauchbar, ideologisch drapiert und vereinnahmt, oder vom Tisch gewischt werden.

Dabei wären gesellschaftliche Innovationen in diesem Land mindestens ebenso dringend wie technologische.

Innovationen kommen eher zustande, wenn man sich über das, was man in Zukunft anstrebt, klar ist. Weil Österreich so ist, wie es ist, fördert weder eine Wahlauseinandersetzung irgendwelche Perspektiven für die Zukunft unserer Gesellschaft zutage, noch lassen Koalitionsverhandlungen mehr als den Abtausch von längst eingenommenen Positionen erwarten. Offenbar soll man sich damit abfinden, dass "es" die Verantwortlichen schon "können".

An dieser beklagenswerten Situation sind die Wissenschaftler weiß Gott nicht unschuldig, sie sind nicht nur Opfer des allgemeinen Unverstands. Nicht wenige von ihnen wollen sich mit den politischen Implikationen ihrer Erkenntnisse gar nicht erst beschäftigen oder inkommodieren. Ich spreche gar nicht vom verbreiteten Eigennutz und vom Opportunismus, die auch in der Wissenschaft grassieren.

Wissenschaftler sind nicht ohne weiteres bereit, ihre Erkenntnisse gemeinverständlich zu formulieren, ihre Implikationen öffentlich zu diskutieren, um sie für politische Entscheidungen nutzbar zu machen. Noch weniger sind sie bereit, den Entscheidungs- und Informationskontext des Politikers zu berücksichtigen. Die Probleme, derer die Politik heute ansichtig wird, sind sehr komplex. Unterschiedliche Zeithorizonte, kollidierende Interessen, Wahltermine spielen - völlig legitim - eine Rolle. Dem dienen eindimensionale Ratschläge oft wirklich nicht. Wirkliche Probleme sind "undiszipliniert". Die Wissenschaft weigert sich aber zu oft, über die traditionellen Grenzen ihrer jeweiligen Disziplin hinaus zu denken.

Dennoch: wir sind tatsächlich in eine Epoche eingetreten, in der die Nutzung des verfügbaren Wissens mehr als früher über die Erhaltung von Wohlstand, Perspektive und akzeptable Lastenverteilung entscheidet. Zukunft als anhaltende Gegenwart ist nicht sehr wahrscheinlich. Also sollten wir uns klarer werden, welche Eventualitäten sie für uns bereithalten, welche Strategien wir einschlagen könnten. Das Potential der Wissenschaft ist mit entscheidend dafür, ob diese akzeptabel und erwünscht sind, oder ob wir darunter leiden werden.

Es genügt dazu nicht, von einem Wissenschaftler, von dem die passenden Aussagen zu erwarten sind, ein Gutachten anzufordern und es ins politische Schaufenster zu stellen. Wissenschaftliche Aussagen müssen der Kritik anderer Wissenschaftler und anderer Disziplinen ausgesetzt werden – und, in den Grundzügen allgemein verständlich gemacht, auch jener der Öffentlichkeit.

Dies gilt gerade dann, wenn es sich um Schicksalsfragen handelt. Solche, in welchen die langfristige Stabilität und Nachhaltigkeit von Systemen auf dem Spiel stehen, solche, in welchen Ethik und gesellschaftliche Randbedingungen zu beachten sind. Vor solchen Fragen steht unsere Gesellschaft heute öfter als früher: Umwelt- und Klimapolitik, Gentechnik, Demokratieversagen, Staatsreform, Ausgleich von Vorteilen und Lasten zwischen den Generationen, Vorteile und Kosten präventiver Medizin, Mindestsicherung, Voraussetzungen für aktives Altern, umfassende innere und äußere Sicherheit und weitere von dieser Dimension. Sie setzen die Konfrontation und die Integration der Beiträge mehrerer, oft vieler wissenschaftlicher Disziplinen voraus. Und nicht nur jene einiger Staatsjuristen und der versammelten

Repräsentanten der gegenwärtigen Interessen, wie das beim Verfassungskonvent erfolglos versucht wurde.

Zur sachlichen und umfassenden Diskussion so unhandlicher Komplexe fehlen in Österreich so gut wie alle zweckmäßigen Einrichtungen. Vor allem versagt das Parlament. Andere Länder haben dazu Konsens-Konferenzen, Enquete-Kommissionen und Strategie-Panels eingesetzt. Gerade Staaten in ähnlicher Situation und ähnlicher Größe wie Österreich, etwa die skandinavischen oder die Niederlande; auch Deutschland, und zwar sowohl im Parlamentarismus des Bundes wie dem einiger Länder.

Natürlich kann nicht jede Alltagsfrage so aufwändig geklärt werden. Aber dann, wenn es um Schicksalsfragen der längerfristigen Entwicklung geht, wäre einiger Aufwand gut investiert. Wissenschaftliche Aussagen und Standpunkte sollen miteinander konfrontiert und für die Öffentlichkeit aufbereitet und zugänglich diskutiert werden. Auf einer solchen Basis kann viel außer Streit gestellt werden, worüber bei uns Konfusion und Illusionen herrschen. Über den sicher verbleibenden Rest an Problemlösungen könnten dann die Parteien oder die Politiker "vernünftiger" und effizienter streiten. Ist es vermessen, vom nun zusammentretenden Parlament entschiedene Schritte in dieser Richtung zu erwarten? Scheinbar geht es auch ohne Wissenschaft. Aber wie lange können wir uns noch leisten, ohne wissenschaftliche Fundamente in die Zukunft zu wurschteln?

1) die Feststellungen wären nicht anders, wenn auf der einen oder auf beiden Seiten Akteurinnen anzunehmen sind. Daher bitte ich um Nachsicht, wenn ich die weibliche Silbe: – innen nicht annotiere.